



## ★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

## STROM

**74,22 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

## GAS

**28,66 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

## ZAHL DES TAGES

**200**

**Millionen Euro** haben Energieversorger im Rahmen von Missbrauchs-Prüfverfahren des Bundeskartellamts zu den Energiepreiskontrollen an den Staat zurückgezahlt

## POLITIK

Bundesregierung und KfW starten Deutschlandfonds

## GAS

Rückstellungen für stillgelegte Erdgasnetze werden reguliert

## UNTERNEHMEN

Energiedienstleister kauft Elektrotechnik-Betrieb

## Inhalt

**TOP-THEMA**

→ **BETEILIGUNG:** Rechtsstreit hält Badenova und Naturenergie nicht von Deal ab

**POLITIK & RECHT**

- **POLITIK:** Bundesregierung und KfW starten Deutschlandfonds
- **EUROPA:** Österreich will bei der EU Änderung der Merit Order durchsetzen
- **POLITIK:** Infrastruktur-Zukunftsgesetz stößt auf Kritik
- **WIRTSCHAFT:** Kartellamt sammelt Million bei Preisbremsen-Überprüfung ein
- **INSIDE EU ENERGIE:** Aus für das Verbrenner-Aus

**HANDEL & MARKT**

- **GAS:** Rückstellungen für stillgelegte Erdgasnetze werden reguliert
- **KWK:** Biomassekraftwerk Lünen wird zum KWK-Kraftwerk
- **GASTBEITRAG:** Stadtwerke-Joint-Ventures für Windparks
- **STROMNETZ:** Stadtwerke Böblingen übernehmen Verteilnetze
- **STATISTIK DES TAGES:** CO2-Emissionen von 1990 bis 2024 in Deutschland nach Sektoren

**TECHNIK**

- **SMART METER:** Bayernwerk steuert ohne Steuerbox
- **SMART METERING:** Pfalzwerke und PPC-Tochter bauen Kommunikationsnetz auf
- **ELEKTROMOBILITÄT:** EnBW und Alpitronic werkeln auch künftig am Schnelllade-Netz

## **UNTERNEHMEN**

- **UNTERNEHMEN:** Energiedienstleister kauft Elektrotechnik-Betrieb
  - **ELEKTROFAHRZEUGE:** Günstiger laden in Stuttgart
  - **BILANZ:** EVN: Umsatz steigt, Gewinn sinkt
  - **STADTWERKE:** Neue Rathauspitze im Clinch mit den Stadtwerken Bonn
  - **UNTERNEHMEN:** Hamburg und Hansewerk Natur schließen Wärmekooperation
- 

## **MARKTBERICHTE**

- **MARKTKOMMENTAR:** Energiemärkte zeigen sich lustlos
- 

## **SERVICE**

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

## ★ TOP-THEMA

# Rechtsstreit hält Badenova und Naturenergie nicht von Deal ab



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

**BETEILIGUNG. Aus Gegnern werden Partner: Die Netztöchter von Naturenergie und Badenova kooperieren in der Stromnetzgesellschaft Weil. Rechtsstreits um andere Konzessionen sind noch nicht beigelegt.**

Zwei Energieunternehmen, die energisch um Stromkonzessionen in Südbaden streiten, finden an anderer Stelle auskömmlich zusammen. „naturenergie netze GmbH“ und „badenovaNETZE GmbH“ halten künftig jeweils 30 Prozent an der „Stromnetzgesellschaft Weil am Rhein GmbH & Co. KG“.

Größter Anteilseigner der Stromnetzgesellschaft bleiben die Stadtwerke Weil am Rhein, zu 100 Prozent Tochter der baden-württembergischen Kommune. Sie geben allerdings die strategische Mehrheit (bisher 51 Prozent) auf und kommen dann noch auf 40 Prozent. Die Badenova Netze reduziert den Anteil von 49 auf 30 Prozent.

Die Kooperation ist bemerkenswert, weil die beiden Konkurrenten in einem seit 2018 währenden Tauziehen um die Weiler Konzession (wir berichteten) eine gemeinsame Lösung gefunden haben. An anderer Stelle, bei zehn Kommunen im südbadischen Kandertal, ist ihnen dies bis heute nicht gelungen. Naturenergie – Teil des Karlsruher Energiekonzerns EnBW – zweifelt hier an, die Konzessionen für die dortigen Stromnetze an den Neuerwerber Badenova bedingungslos abgeben zu müssen. Daraus ist längst ein Fall fürs Gericht geworden (wir berichteten).



Naturenergie und Badenova können auch anders, nämlich in Weil am Rhein kooperieren: (von links) Jochen Debus, Robin Grey, Dirk Sattur (alle Badenova), Oberbürgermeisterin Diana Stöcker, Markus Indlekofer (Leiter Stadtwerke) sowie Klaus Müller und Roman Gayer (beide Naturenergie)

Quelle: Stadt Weil/Bähr

### *Gemeinsame Gesellschaft keine Blaupause fürs Kandertal*

Dass sich nun vorweihnachtliche Harmonie über die Streithähne legt, ist nicht auszumachen. Eine Sprecherin von Naturenergie sagte dieser Redaktion, dass einvernehmliche Lösungen zwar auch in den anhängigen Gerichtsverfahren in Arbeit seien. Weil am Rhein stelle aber einen „Einzelfall“ dar, dessen Detailregelungen nicht so einfach auf die Kommunen im Kandertal übertragbar seien.

Auch die Netztöchter von Badenova sieht das Ende der Auseinandersetzungen nicht automatisch programmiert. Ein Sprecher erklärte gegenüber dieser Redaktion, für Weil am Rhein habe es „eine gute Einigung“ im Konzessionsverfahren gegeben. Für alle anderen Bereiche gelte, dass „wir uns nach wie vor in einer Wettbewerbssituation befinden“.

Dass es über die Netzvergabe im Kandertal nach wie vor unterschiedliche Auffassungen gibt, dokumentiert auch der aktuelle Stand der juristischen Auseinandersetzung über die Netze im Raum Lörrach. Befasst ist das Landgericht Mannheim, das jüngst einen Schriftsatz der Naturenergie Netze zur Sache erhalten hat. Dagegen habe die klagende Badenova im Dezember fristgerecht Widerspruch eingelegt, so der Sprecher des Freiburger Unternehmens. Die Parteien seien allerdings „im Dialog“, um Rechtssicherheit für die Kommunen zu schaffen.

### *Naturenergie bleibt drei Jahre Pächter des Weiler Netzes*

In Weil am Rhein haben intensive und jahrelange Verhandlungen dazu geführt, eine Entwicklung wie im Kandertal zu verhindern. Die Einigung lässt es zu, dass die Naturenergie die bisher gehaltene Konzession zum 1. Januar 2026 an die gemeinsame Stromnetzgesellschaft übergibt. Der Zuschlag der Stadt Weil war im November erfolgt.

Alle Seiten kommen nicht nur über die Beteiligung an der Gesellschaft auf ihre Kosten. Naturenergie bleibt auch in den drei Folgejahren als Pächter hauptverantwortlich für den Betrieb des Netzes. Mit Beginn des Jahres 2029 geht das operative Geschäft der Netzführung dann vertragsgemäß auf die Badenova Netze über. Dies gelte bis zum Ende der Konzessionslaufzeit 2045, so der Sprecher von Badenova. Naturenergie ist als Gesellschafter dann noch für die (Ko-)Finanzierung des Leitungssystems zuständig und werde Gesellschafter bleiben, so die Sprecherin.

Streit hier, Einigkeit dort: Für Naturenergie und die Badenova ist das kein ungewöhnlicher Zustand. Die Netztöchter der Unternehmen arbeiten heute schon in einem anderen Unternehmen zusammen, bei der Energieversorgung Oberes Wiesental GmbH mit Sitz in Todtnau (Landkreis Lörrach). // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

# Beschleunigen Sie mit uns Ihre Reise Richtung digitalem, dekarbonisiertem Netz der Zukunft.

Besuchen Sie uns:  
**E-world 2026**  
**10.-12.02.2026**  
**Stand: 6L112**

Jetzt Gratisticket sichern







TOP-THEMA



POLITIK &amp; RECHT



HANDEL &amp; MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

## POLITIK & RECHT



Quelle: Fotolia / oqopo

### Bundesregierung und KfW starten Deutschlandfonds

#### **POLITIK. Der Deutschlandfonds der Bundesregierung soll private Investitionen mobilisieren – mit Garantien und Mitteln von rund 30 Milliarden Euro.**

Die Bundesregierung und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) haben am 18. Dezember den Deutschlandfonds gestartet. Mit dem neuen Instrument will der Bund private und kommunale Investitionen in zentralen Zukunftsfeldern erleichtern, heißt es in einer Mitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums.

Dafür stellt der Bund öffentliche Mittel und Garantien in Höhe von rund 30 Milliarden Euro bereit. Insgesamt sollen so zusätzliche Investitionen von rund 130 Milliarden Euro ausgelöst werden, wird Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) zitiert.

Die Staatsbank KfW koordiniert den Fonds und fungiert als Ansprechpartnerin für nationale und internationale Investoren. Nach Angaben der Bundesregierung zielt der Deutschlandfonds darauf ab, die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu stärken. Der Fonds sei eine Dachstruktur, unter der verschiedene Finanzierungsinstrumente gebündelt werden. Diese sollen gezielt Industrie und Mittelstand, Start-ups und junge Wachstumsunternehmen sowie Energieversorgungsunternehmen adressieren.

#### **Energieinvestitionen anreizen**

Zu den zentralen Investitionsfeldern zählen Industrie und Mittelstand, Wagniskapital und Energieinfrastruktur. Gefördert werden sollen unter anderem neue Produktionsanlagen, Zukunftstechnologien, der Ausbau Erneuerbarer Energien, von Strom- und Wärmenetzen sowie Projekte zur Rohstoffgewinnung. Auch Investitionen in Deep Tech, Künstliche Intelligenz, Biotechnologie und sicherheitsrelevante Technologien sind vorgesehen.

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) verwies auf den hohen Investitionsbedarf zur Modernisierung des Landes. Entscheidend sei, privates Kapital dort zu mobilisieren, wo Innovation entstehe und Lieferketten widerstandsfähiger würden.

Der Fonds besteht aus mehreren Bausteinen. In der Energieinfrastruktur soll die Kreditaufnahme von

Stromverteil- und Wärmenetzbetreibern abgesichert werden, um deren steigende Investitionen zu ermöglichen. Zudem wird im Bereich Geothermie das sogenannte Fündigkeitsrisiko bei Bohrungen abgesichert. Nach Angaben der Bundesregierung sollen so insbesondere kommunale und private Energieversorgungsunternehmen gestärkt werden.

Im Bereich Industrie und Mittelstand sollen unter anderem große Transformationsinvestitionen abgesichert werden, etwa in der Stromerzeugung, im Wasserstoffsektor oder in der Automobil- und Zulieferindustrie. Ergänzend stellt die KfW mit einem Rohstofffonds Eigenkapital und Kredite bereit, um Projekte zur Gewinnung kritischer Rohstoffe zu finanzieren.

Im Baustein Start-ups und Scale-ups tritt die KfW künftig auch als Co-Investor auf. Bis Ende 2030 stehen dafür insgesamt eine Milliarde Euro zur Verfügung, pro Investition maximal 50 Millionen Euro. Weitere 300 Millionen Euro sind für Beteiligungen an Kreditfonds vorgesehen. Ab 2026 soll zudem der Zukunftsfonds aufgestockt und verstetigt werden, um die Wagniskapitalfinanzierung zu stärken.

### *Schrittweiser Start geplant*

Der Start des Deutschlandfonds erfolgt schrittweise. Noch im Dezember 2025 beginnen laut Bundesregierung unter anderem das Absicherungsinstrument für Transformationsindustrien, ein Kreditprogramm für Geothermie-Projekte sowie ein neues Finanzierungsinstrument für Start-ups und Scale-ups.

Ab 2026 sollen weitere Module folgen, darunter Instrumente zur Modernisierung der Energieinfrastruktur und neue private Kreditfonds. Auch ein Modul für den Wohnungsbau ist in Vorbereitung, um private Investitionen in bezahlbares und nachhaltiges Wohnen zu fördern.

Positive Reaktionen kommen vom Verband kommunaler Unternehmen (VKU). Sein Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing bezeichnete den Deutschlandfonds als wichtigen Schritt, um die hohen Investitionen für die Energiewende zu ermöglichen.

Besonders begrüßte der VKU den Start des Förderkredits Geothermie, der Kommunen bei der Wärmewende unterstützen soll. Zugleich mahnte Liebing eine zügige Ausarbeitung weiterer Programme an, um insbesondere das Eigenkapital von Stadtwerken zu stärken.

Der Startup-Verband begrüßt den Fonds ebenfalls, sieht aber weiteren Handlungsbedarf. Die Vorstandsvorsitzende Verena Pausder erklärte, der Fokus auf die Wachstumsphase sei richtig, angesichts großer Finanzierungslücken brauche es jedoch zusätzliche Anstrengungen. Der Verband spricht sich unter anderem für eine stärkere Mobilisierung institutioneller Investoren aus und verweist auf internationale Unterschiede bei Pro-Kopf-Investitionen in Start-ups.

Weitere [Informationen zum Deutschlandfonds](#) stehen im Internet bereit. // VON SUSANNE HARMSSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [!\[\]\(9c2e8d1b5bd77cb5c9f83b7a9cff79fd\_img.jpg\)](#) [!\[\]\(f822cba4d3f2ea10b4ad95c475f0f631\_img.jpg\)](#) [!\[\]\(62daf864e0e5ec08faafdb75353dbc28\_img.jpg\)](#)

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



## Ihre Kunden wünschen sich Preistransparenz?

➔ Hier das richtige Produkt finden!



## Österreich will bei der EU Änderung der Merit Order durchsetzen



Quelle: Pixabay / Udo Pohlmann

**EUROPA. Österreich und die EU-Kommission gründen eine Arbeitsgruppe: Diskutiert werden die Preisbildung im Stromgroßhandel und das Freihalten von Leitungskapazität für internationale Transite.**

Österreichs Bundesregierung und die EU-Kommission gründen nach den Weihnachtsfeiertagen eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu energiepolitischen Themen. Das berichteten EU-Energiekommissar Dan Jørgensen und Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer am 18. Dezember in Wien.

Hattmannsdorfer möchte im Rahmen der Arbeitsgruppe nicht zuletzt die Preisbildung im europäischen Stromgroßhandel diskutieren. Ein weiteres Thema ist die Pflicht der Übertragungsnetzbetreiber, 70 Prozent der Kapazität auf ihren grenzüberschreitenden Leitungen für den internationalen Stromhandel zur Verfügung zu stellen. Beide Themen stellen Österreich vor erhebliche Herausforderungen, erläuterte der Minister.

Hinsichtlich der Preisbildung wiederholte Hattmannsdorfer die Kritik der österreichischen Regierung am Merit-Order-System: „Unsere Stromerzeugung beruht zwar zu über 90 Prozent auf erneuerbaren Energien. Bei den Preisen schlägt sich das aber nicht nieder, weil immer das teuerste Kraftwerk preissetzend ist.“ Das müsse sich ändern. Die Leitungskapazität für den internationalen Stromhandel freizuhalten, stelle wiederum eine Kostenbelastung dar, die nicht ausreichend abgegolten werde, kritisierte Hattmannsdorfer.

Zu den Fragen der Redaktion nach der Zusammensetzung der Arbeitsgruppe sowie nach einem Zeitplan für ihre Tätigkeit äußerte sich der Minister nicht.

### *Gedämpfte Erwartungen*

Jørgensen konstatierte, er habe ein sehr gutes und konstruktives Gespräch mit Hattmannsdorfer geführt, dämpfte aber allfällige Erwartungen: „Die Strompreise zu senken, die Wirtschaft zu dekarbonisieren und gleichzeitig von russischem Erdgas unabhängig zu werden, ist sehr ambitioniert.“ Die Frage der Preisbildung lasse sich wohl nur auf längere Sicht lösen und könne überdies nicht zwischen Österreich und der EU-Kommission alleine geklärt werden. In die Diskussionen über diese Angelegenheit müssten alle EU-Mitgliedsstaaten eingebunden werden.

Ähnliches gelte hinsichtlich der Leitungsthematik. Letzten Endes gehe es darum, die Übertragungskapazitäten in Europa insgesamt zu erhöhen. Und das funktioniere nur mit einem verstärkten sowie beschleunigten Ausbau der Transversalen. Jørgensen verwies in diesem Zusammenhang auf das



von ihm am 10. Dezember präsentierte

„European Grids Package“, das unter anderem eine „europäische Perspektive für die Infrastrukturplanung“ sowie raschere Genehmigungsverfahren vorsieht.

Immerhin könne die Arbeitsgruppe der Kommission und Österreichs „pragmatische Lösungen“ diskutieren, beschied Jörgensen.

### „Energiepolitischer Fehler“

Zur Ankündigung Ungarns und der Slowakei, gegen das ab 2027 geltende Verbot der Importe russischen Erdgases in die EU zu klagen, stellte Jörgensen fest: „Ich halte das für einen energiepolitischen Fehler.“ Die Mitgliedsstaaten der EU hätten für Einfuhren russischen Gases mehr Geld ausgegeben als für die Unterstützung der Ukraine: „Künftig werden wir Putins Krieg nicht mehr finanzieren.“

Rechtlich betrachte er die Sache gelassen, betonte Jörgensen: „Die Entscheidung, die wir getroffen haben, wird halten.“ Wie Ungarn und die Slowakei ihre Gasversorgung ohne Einfuhren aus Russland bewerkstelligen sollen, erläuterte der Kommissar indessen nicht. // VON KLAUS FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

## Infrastruktur-Zukunftsgesetz stößt auf Kritik



Quelle: Fotolia / Tom-Hanisch

**POLITIK. Das Bundeskabinett hat das Infrastruktur-Zukunftsgesetz beschlossen. Die Regierung will damit Planungs- und Genehmigungsverfahren für Verkehrswege beschleunigen und digitalisieren.**

Das Bundeskabinett hat am 17. Dezember das von Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) vorgelegte Infrastruktur-Zukunftsgesetz beschlossen. Mit dem Gesetz setzt die Bundesregierung nach eigenen Angaben einen Auftrag aus dem Koalitionsvertrag um und will die Planung und Genehmigung von Infrastrukturprojekten grundlegend reformieren. Ziel ist es, Verfahren zu vereinfachen, stärker zu digitalisieren und deutlich zu verkürzen, um Sanierungen und Ausbauten schneller umzusetzen.

Nach Angaben der Bundesregierung reagiert das Gesetz auf den hohen Sanierungsbedarf bei Brücken, Schienenwegen und Wasserstraßen sowie auf bislang lange und komplexe Genehmigungsprozesse. Durch Änderungen im Verwaltungsverfahrensrecht sowie in Fachplanungs-, Raumordnungs- und Umweltvorschriften sollen mehr Tempo, Verlässlichkeit und Planungssicherheit erreicht werden.

### Digitale Verfahren

Schnieder erklärte, mit dem Gesetz solle die Dauer von Planungs- und Genehmigungsverfahren spürbar reduziert werden. So sollen Behörden und Unternehmen verbindlichere Fristen, klarere Zuständigkeiten und digitale Instrumente erhalten, damit Infrastrukturprojekte schneller umgesetzt werden können. Konkret sieht der Gesetzentwurf unter anderem vor, doppelte Prüfungen in Raumordnungs- und Linienbestimmungsverfahren zu vermeiden.

Nach Angaben des Bundesverkehrsministeriums (BMV) könnten dadurch Monate bis Jahre eingespart werden. Zudem sollen digitale Verfahren Verwaltungsprozesse um bis zu 30 Prozent verkürzen, etwa mithilfe von Building Information Modeling und KI-gestützter Einwendungsbearbeitung. Verbindliche Entscheidungsfristen sollen verhindern, dass Verfahren durch ausbleibende Entscheidungen ins Stocken geraten. Mit dem Kabinettsbeschluss beginnt nun das parlamentarische Verfahren.

### Änderungen im Umweltrecht folgen

Nach Einschätzung der Bundesregierung könnten bereits Effizienzgewinne von zehn Prozent dazu führen, mit den vorhandenen Haushaltsmitteln mehr Projekte umzusetzen und inflationsbedingte Kostensteigerungen zu begrenzen.

Das BMV hatte den Gesetzentwurf vorgelegt und betont, dass die Änderungen ganzheitlich angelegt seien. Die politische Einigung vom 10. und 11. Dezember sieht zudem vor, weitergehende Anpassungen im Umweltrecht in einem zweiten Gesetzgebungspaket vorzunehmen. Dieses soll laut Bundesregierung bis Ende Februar vom Bundesumweltministerium (BMUKN) eingebracht werden.

### Verbände mit unterschiedlicher Bewertung

Unterstützung für das Gesetz kommt vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae, erklärte, das Gesetz greife zentrale Forderungen nach Bürokratieabbau auf. Positiv bewertete der Verband unter anderem Regelungen zum Geheimnisschutz, forderte aber, dass auch kritische Infrastrukturen der Energie- und Wasserwirtschaft umfassend berücksichtigt werden.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßt grundsätzlich schnellere Verfahren. VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing kritisierte allerdings kurze Beteiligungsfristen im Gesetzgebungsverfahren, die aus seiner Sicht das Vertrauen in staatliches Handeln beeinträchtigen. Kritik äußerten auch mehrere Umwelt- und Verkehrsverbände.

Die Allianz pro Schiene bezweifelt, dass die Planungsbeschleunigung für Bahnprojekte eine große Wirkung entfalten wird, solange der Bund nicht ausreichend Mittel für Aus- und Neubau bereitstellt. Straßenbauprojekte könnten hingegen schneller vorankommen, da hierfür mehr Gelder vorgesehen seien.

Deutliche Ablehnung für das Gesetz kommt von Umweltverbänden wie dem Deutschen Naturschutzring (DNR), dem Naturschutzbund Deutschland (Nabu) und dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Sie halten die Umstellung auf Ausgleichs- und Kompensationszahlungen statt konkreter Flächenkompensation für falsch. BUND-Geschäftsführerin Verena Graichen warnte, dass der Verzicht auf umfassende Prüfungen und Beteiligung zu schlechteren Entscheidungen führen könne.

Der [Entwurf zum Infrastruktur-Zukunfts-Gesetz](#) steht im Internet bereit. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

## Kartellamt sammelt Million bei Preisbremsen-Überprüfung ein



Quelle: Bundeskartellamt

**WIRTSCHAFT. Energieversorger haben im Rahmen von Missbrauchs-Prüfverfahren des Bundeskartellamts zu den Energiepreisbremsen rund 200 Millionen Euro an den Staat zurückgezahlt.**

Die Missbrauchsprüfungen des Bundeskartellamts im Zusammenhang mit den Energiepreisbremsen hat rund 200 Millionen Euro eingebracht. Dies teilte die Behörde in Bonn mit. Preisdeckel für Erdgas, Strom und Fernwärme sollten während der Energiekrise 2022/2023 die Verbraucher entlasten. Die Energiefirmen erhielten im Gegenzug Anspruch auf staatliche Ausgleichszahlungen.

Um zu untersuchen, ob die Energieversorger nicht ungerechtfertigt zu hohe Preise angesetzt haben, eröffnete das Bundeskartellamt 2023 und 2024 bei Erdgas, Strom und Wärme insgesamt 70 Prüfverfahren aufgrund auffälliger Sachverhalte wie etwa besonders hoher Arbeitspreise. „Damit wurden stichprobenartig circa 14 Prozent des gesamten Antragsvolumens überprüft“, erklärte ein Sprecher.

Das Volumen der Anträge von Versorgern auf staatliche Ausgleichszahlungen habe zum Zeitpunkt der Verfahrenseinleitungen bei mehr als 25 Milliarden Euro gelegen. Zu den geprüften Unternehmen zählen unter anderem Stadtwerke, Vertriebsgesellschaften von Energiekonzernen und Energie-Discounter.

61 Verfahren seien bereits abgeschlossen, berichtete das Kartellamt. „In weniger als einem Drittel der abgeschlossenen Prüfverfahren bestanden aufgrund unserer Analyse der individuellen Erlös-/Kostensituation Bedenken“, sagte Behördenpräsident Andreas Mundt laut der Mitteilung.

„Die betroffenen Lieferanten konnten diese Bedenken jedoch durch Rückzahlungen an die Staatskasse im Zusammenhang mit der Endabrechnung oder schon vorher durch Absenken ihrer Vorauszahlungsanträge ausräumen.“ In der Breite hätten sich die geprüften Lieferanten regelkonform verhalten.

Auch in den kritischen Fällen hätten die Verfahren bislang ohne förmliche Verfügung eingestellt werden können, so das Kartellamt weiter. In einigen Fällen seien von den Lieferanten bereits Rückzahlungen vorgesehen gewesen. In den meisten kritischen Fällen habe man die Rückzahlungen im Verständigungswege erreicht. Bei den übrigen abgeschlossenen Prüfverfahren habe sich ein Missbrauch der Entlastungsregeln nicht feststellen lassen.

Neun Prüfverfahren gegen vier Lieferanten von Erdgas und Strom dauern allerdings noch an. „Hier laufen zurzeit Anhörungen und erforderlich gewordene Nachermittlungen“, so das Kartellamt. Um welche Unternehmen es sich handelt, teilte die Behörde nicht mit. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)

## Aus für das Verbrenner-Aus



Quelle: Pixabay / NakNakNak / E&M

**INSIDE EU ENERGIE. Unser Brüsseler Korrespondent Tom Weingärtner kommentiert in seiner Kolumne „Inside EU Energie“ energiepolitische Themen aus dem EU-Parlament, der EU-Kommission und den Verbänden.**

Benzin- und Dieselaautos können voraussichtlich auch nach 2035 in der EU zugelassen werden. Die EU setzt nicht mehr alleine auf Elektroautos. Damit sollten die in Bedrängnis geratenen Autobauer unterstützt werden, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 16. Dezember: „Technologische Innovationen verändern die Mobilität und geopolitische Entwicklungen formen den weltweiten Wettbewerb.“ Die EU erhebe dabei weiter den Anspruch, an der Spitze des globalen Übergangs zu sauberen Technologien zu stehen.

Dass sie da wirklich steht, bezweifeln Konservative und Grüne, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Letztere werfen den Autobauern vor, nicht konsequent auf Elektrofahrzeuge zu setzen und gegenüber der chinesischen Konkurrenz ins Hintertreffen zu geraten. Konservativ regierte Länder wie Deutschland, Italien oder Tschechien machen für das schleppende Geschäft der Autoindustrie dagegen unrealistische Vorgaben aus Brüssel verantwortlich. Sie haben in den vergangenen Wochen erheblichen Druck auf die Kommission ausgeübt, um das eigentlich schon beschlossene Aus für Verbrennungsmotoren ab 2035

aufzuweichen.

### ***Mehr Flexibilität, aber auch höhere Auflagen***

In welchem Umfang das gelungen ist, lässt sich noch nicht mit Sicherheit sagen. Ein umfangreiches „Autopaket“, das die Kommission am 16. Dezember vorgelegt hat, gibt anderen Technologien als E-Fahrzeugen eine Chance, erfüllt aber wohl nicht alle Wünsche der Autoländer. Auf die Industrie kommen zahlreiche neue Auflagen zu. Zum Trost schlägt die Kommission eine Reihe von Vereinfachungen vor. Die Industrie könne dadurch rund 700 Millionen Euro im Jahr einsparen, behauptet die Kommission. So sollen bestimmte Tests für Neufahrzeuge seltener durchgeführt werden.

Kern des „Autopaketes“ ist, dass die Industrie mehr technologische Flexibilität erhält. Bislang gilt: Im Jahr 2035 müssen die Hersteller die Emissionen der Neufahrzeuge um 100 Prozent – im Vergleich zu 2021 – reduzieren. Jetzt schlägt die Kommission vor: die Emissionen müssen nur noch um 90 Prozent reduziert, 10 Prozent können dadurch kompensiert werden, dass neue Fahrzeuge aus „grünem“ Stahl hergestellt und klimaneutrale Kraftstoffe verwendet werden. Mehr Flexibilität bei der Erfüllung von Abgasnormen erhalten auch die Anbieter von Nutzfahrzeugen.

Neben Erleichterungen für die Anbieter soll das Autopaket auch die Nachfrage ankurbeln. Dazu zählt die Kommission vor allem die Einführung einer neuen Fahrzeugkategorie, des „kleinen erschwinglichen Elektroautos“. Damit soll ein starker Anreiz zum Bau von kleinen Fahrzeugen geschaffen werden, die sich auch einkommensschwache Verbraucher leisten können. Die Autoindustrie erhält für den Verkauf der kleinen E-Autos „Superkredite“, also Gutschriften bei der Erfüllung ihrer Klimaaufgaben. Außerdem erwartet die Kommission, dass die Mitgliedsstaaten zusätzliche Anreize setzen, um den Absatz der Kleinwagen zu unterstützen.

### ***Firmenflotten sollen bestimmten Anteil an E-Autos nachweisen***

Auch Fahrzeugflotten von Firmen sollen künftig mehr E-Autos aufweisen. Die Mitgliedsstaaten müssen durch Quoten, Steuervorteile oder andere Anreize durchsetzen, dass der Anteil an Stromern steigt. Weil Dienstfahrzeuge mehr Kilometer im Jahr zurücklegen, bedeute das auch eine höhere Emissionssenkung. Private Verbraucher würden davon durch eine Belebung des Gebrauchtwagenhandels profitieren, heißt es in Brüssel.

E-Fahrzeuge blieben dabei die tragende Säule der Dekarbonisierung des Verkehrs, sagte Klimakommissar Wopke Hoekstra. Damit die Europäer auch beim Bau wettbewerbsfähiger werden, stellt die Kommission 1,8 Milliarden Euro für den Aufbau einer vollständig europäischen Wertschöpfungskette für Batterien bereit, davon 1,5 Milliarden Euro als zinslose Darlehen.

Welche Wirkung das Maßnahmenpaket genau auf die Branche haben wird, konnte Hoekstra nicht sagen. Zunächst komme es darauf an, das Autopaket zügig zu verabschieden. Dieser Wunsch wird möglicherweise nicht in Erfüllung gehen. Die Sozialdemokraten sehen die Zukunft zwar in der Elektromobilität, unterstützen aber die Flexibilisierung des Übergangs. Widerstand kommt vor allem von den Grünen. Der Verbrenner sei ein Auslaufmodell und werde die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Autoindustrie weiter schwächen. Die Vorschläge der Kommission seien „ein fatales Signal der Verunsicherung für Verbraucher, Industrie und den Klimaschutz“, sagt der Abgeordnete Michael Bloss (Grüne).

Für die Konservativen ist das Verbrenner-Aus dagegen „ein Fehler, der nun korrigiert wird“. Die EU schwenke damit auf einen Kurs ein, der „Klimaschutz und industrielle Wettbewerbsfähigkeit gleichermaßen berücksichtigt“, sagt der Europaabgeordnete Jens Gieseke (CDU). Der Vorschlag der Kommission sei allerdings erst „der Startpunkt für eine endgültige Kurskorrektur“.



Tom Weingärtner  
Quelle: E&M

// VON TOM WEINGÄRTNER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK &amp; RECHT



HANDEL &amp; MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

## HANDEL & MARKT



Quelle: Shutterstock / sdf\_qwe

### Rückstellungen für stillgelegte Erdgasnetze werden reguliert

**GAS.** Die Bundesnetzagentur gibt die Einleitung des Festlegungsverfahrens „BRÜCKEN“ zu Rückstellungen für Stilllegungen und unvermeidbaren Rückbau von Erdgasnetzen bekannt.

Die Beschlusskammer 9 der Bundesnetzagentur hat ein Verfahren eingeleitet, das regeln soll, wie Erdgasnetzbetreiber Rückstellungen bilden können für die Stilllegung und den eventuellen Rückbau ihrer Leitungen. Durch die schrittweise Ablösung von Erdgas als Energieträger für den Klimaschutz können die Gasleitungen nicht mehr über die geplanten Zeiträume abgeschrieben werden. Daher bedarf es einer Neuregelung.

Diese erfolgt gemäß § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 21a Abs. 3 Satz 3 Nr. 3 EnWG i.V.m. Tenorziffer 7.6 Satz 1 der Festlegung GBK-25-01-2#1 vom 08.12.2025 („RAMEN Gas“).

Zur Umsetzung des Regelbeispiels in Tenorziffer 7.6 Satz 1 der Festlegung RAMEN Gas sollen in einem ersten Schritt Zuführungen zu und Auflösungen von entsprechenden Rückstellungen als Kostenanteile, die nicht dem Effizienzvergleich unterliegen (KAnEu), bereits mit Wirkung für 2025 anerkannt werden. Dies teilte die Behörde am 16. Dezember mit.

#### *Kostenanerkennung schon ab 2025*

Hierbei soll die Anerkennung im Hinblick auf Ist-Kosten erfolgen. Die Berücksichtigung etwaiger Kosten im Basisjahr 2025 für die fünfte Regulierungsperiode Gas (2028 bis 2032) soll durch eine Übergangsregelung erfolgen (Verteilung des Betrages auf die Jahre 2028 bis 2030 analog zu den Regelungen zum Regulierungskonto).

Die Kostenanerkennung soll auf notwendige Maßnahmen der Stilllegung und des insofern unvermeidbaren Rückbaus beschränkt werden. Es ist jedoch, auch mangels Rechtsgrundlage, nicht beabsichtigt, per Festlegung den Begriff des unvermeidbaren Rückbaus näher zu definieren. Diese Abgrenzung wird sich vielmehr aus § 48b EnWG-E zur Duldungspflicht von Grundstückseigentümern ergeben.

Die Beschlusskammer kündigt ein zeitnahes Eckpunktepapier zur Konsultation an, voraussichtlich im



Januar 2026. Darin werden neben Detailregelungen auch Instrumente aufgezeigt, die ein möglichst effizientes Verhalten der Netzbetreiber anreizen sollen. Diese Anreizinstrumente sollen überhöhte Rückstellungsbildungen zu Lasten der Netznutzer vermeiden.

Nähere Informationen zum **Festlegungsverfahren „Brücken“ BK9-25-618** stehen im Internet bereit.

// VON SUSANNE HARMSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

## Biomassekraftwerk Lünen wird zum KWK-Kraftwerk



Biomassekraftwerk Lünen. Quelle Steag Iqony Group

**KWK. Das Biomassekraftwerk Lünen soll künftig nicht nur Strom, sondern via Kraft-Wärme-Kopplung auch Wärme produzieren. Dafür investieren die Eigentümer 15 Millionen Euro.**

Die BMK Biomassekraftwerk Lünen GmbH, ein gemeinsames Unternehmen von Iqony Energies und der Remondis GmbH & Co. KG Region West, betreibt seit dem Jahr 2006 am Standort Lünen (Nordrhein-Westfalen) ein Biomassekraftwerk mit 20 MW elektrischer Leistung. Nu haben sich die Unternehmen entschlossen, das Kraftwerk um eine Wärmeauskopplung zu erweitern, teilten die Firmen am 18. Dezember mit. Die Wärme aus Biomasse soll zukünftig die Steinkohlewärme verdrängen.

Zukünftig soll an dem Standort die Wärme über einen neuen Heizkondensator an das Fernwärmenetz der Stadtwerke Lünen übertragen werden. Als weitere Wärmequelle wird zudem ein neues Heizwerk errichtet. Damit sollen jährlich bis zu 90.000 MWh Wärme bereitgestellt werden. Die Höhe der Investition beläuft sich insgesamt auf 15 Millionen Euro.

Bislang kommt für das Wärmenetz ein großer Teil der Wärme aus dem lokalen Steinkohlekraftwerk. „Mit dem Rückgriff auf das neue Biomasse-Heizkraftwerk verbessert sich die Klima-Bilanz erheblich. Die Fernwärme wird grüner, bleibt sicher und zugleich investieren wir massiv in den Standort Lünen“, teilte Andreas Böffel mit, Geschäftsführer der BMK von Iqony Energies.

Für die Stadtwerke Lünen kommt neben ihrem bestehenden Blockheizkraftwerk, damit eine wichtige Erneuerbaren-Quelle dazu, wie Urs Reitis, Co-Geschäftsführer der Stadtwerke Lünen, erklärte: „Durch die Auskopplung von Wärmeenergie aus dem Biomassekraftwerk stellen wir die Fernwärmeversorgung bereits im Laufe des Jahres 2028 auf erneuerbare Wärme um. Damit wird die Fernwärme in Lünen deutlich vor dem bundesweit angestrebten Zieljahr 2045 klimaneutral und entwickelt sich zu einem verlässlichen, zukunftssicheren Baustein der nachhaltigen Energieversorgung unserer Stadt.“ // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

## Stadtwerke-Joint-Ventures für Windparks



Quelle: E&M

**GASTBEITRAG. Warum es sinnvoll ist für Stadtwerke, sich bei Windprojekten professionellen Rat zu holen, erläutert \*Christof Schorsch von der LBD-Beratungsgesellschaft.**

Der Markt für die Vermarktung von Flächen für Windenergieanlagen ist traditionell intransparent. Bei einer fairen Verteilung von Chancen und Risiken und einer adäquaten Beteiligung der Eigentümer am wirtschaftlichen Erfolg lassen sich attraktive Pachten erzielen – je nach individuellen Gegebenheiten durchaus deutlich über 100.000 Euro je Windenergieanlage pro Jahr.

Wen wundert es, dass auch Stadtwerke diesen Markt für sich entdeckt haben, nicht nur große Player – die tun das längst –, sondern auch kleine und mittlere Stadtwerke mit Zugang zu eigenen oder stadteigenen Flächen.

Zudem können sie in den verschiedenen Phasen der Projektentwicklung und des Betriebs auch zusätzliche Einnahmen generieren. Zunehmend erfolgt dies in Joint Ventures mit etablierten Projektentwicklern.

### *Die „Stadtwerke Musterstadt“ als Beispiel für ein Joint Venture*

Um keine individuellen Sachlagen offenzulegen, werden in diesem Gastbeitrag die Erfahrungen aus unterschiedlichen Projekten als „Stadtwerke Musterstadt“ gebündelt. Die Stadtwerke Musterstadt verfügen dabei über Zugang zu eigenen sowie städtischen Flächen, die sich in einer ersten Analyse als windhöflich und genehmigungsfähig gezeigt haben.

Der private Partner ist ein überregionaler Energieversorger, der bereits über einen ansehnlichen Track Record an selbst projektierten und realisierten Windenergieanlagen verfügt.

Für die Stadtwerke bedeutete dies aber ein deutliches Know-how- und Erfahrungsgefälle zwischen den Partnern. Für sie war deshalb entscheidend, Zugang zu Branchen-Know-how sowie zu Benchmarks für die geplanten Projektkosten zu bekommen. Diese „Leitplanken“ wurden von der LBD-Beratungsgesellschaft beigesteuert.

### *Gemeinsame Ziele und Arbeitsteilung der Partner*

Am Anfang stand die Zielbestimmung, was beide Partner mit dem Projekt erreichen wollen:

#### **Ziele der Stadtwerke und des EVU**

Stadtwerke Musterstadt	Energieversorgungsunternehmen
Unterstützung der Klimaschutzziele der Stadt („Klimaneutralität bis 2040“)	Erweiterung des eigenen Windpark-Portfolios durch die Partnerschaft
Sicherstellung »grüner Energie« zur Versorgung der Bevölkerung in der Stadt durch eigene Anlagen	Erreichung der unternehmenseigenen Wachstumsziele mit Windkraft bis 2030
Aufbau eigener Kompetenzen durch die Kooperation	Gewinnung von Ankerprojekten in der Region
Vermarktung geeigneter eigener oder städtischer Flächen	Auslastung des vorhandenen Personals im Geschäftsbereich Windenergie
Erhöhung der regionalen Wertschöpfung	Gewinnung von Akzeptanz auch für andere Projekte
Vertrieb eines regionales Stromprodukts mit Bürgerbeteiligung	Vertrieb eines regionales Stromprodukts mit Bürgerbeteiligung
Angemessene Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals	Angemessene Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals
Erzielung von Einnahmen durch Dienstleistungen	Erzielung von Einnahmen durch Dienstleistungen
Sicherstellung von Akzeptanz durch bürgernahe Teilhabe und die Nähe zu Stadt und Kunden vor Ort	Sicherstellung von Akzeptanz durch Nähe der Stadtwerke zu Entscheidungsträgern und Kunden vor Ort

LBD | Beratungsgesellschaft |  | Berlin

Zur Vollansicht auf der Grafik klicken

Quelle: Schorsch

Im Folgenden wurden hieraus die Eckpunkte des Zusammenarbeitsmodells und der Arbeitsteilung zwischen den Partnern entwickelt, um die 50/50-Beteiligung vor einer Befassung der Gremien weiter auszugestalten.

#### Arbeitsteilung zwischen den Partnern

Stadtwerke Musterstadt	Energieversorgungsunternehmen
Stakeholder Management in den Standort-gemeinden/Ortsteilen der Windparkstandorte	Beauftragung der Kartierungen/arten- und natur-schutzfachlichen Gutachten, Windmessung etc.
Flächensicherung, inkl. Sicherung Wegerechte bei der Kommune und bei Dritten	Projektentwicklung und Genehmigungs-planung, Stellung des BImSchG-Genehmigungsantrags
Sicherstellung Projektfinanzierung	Sicherstellung Projektfinanzierung
Planung und Beschaffung Netzanschluss und Umspannwerk	Ausführungsplanung und Bauleitung
Planung und Realisierung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (z.B. Neupflanzungen)	Ausschreibung und Beschaffung Anlagen und Abschluss Long Maintenance Verträge
Kaufmännische Geschäftsbesorgung über die gesamte Lebensdauer des Parks, einschließlich Versicherungen	Technische Betriebsführung während der Betriebsdauer
Entwicklung und Vermarktung regionales Stromprodukt für das Joint Venture	Management des Rückbaus der Anlagen, ggf. Verwertung

LBD | Beratungsgesellschaft |  | Berlin

Zur Vollansicht auf der Grafik klicken

Quelle: Schorsch

#### Businessplanung für das Joint Venture

Der wesentliche Grund für die gesuchte Beratungsunterstützung war das Fehlen von eigenen Benchmarks des Stadtwerks zu Investitionen, den Kosten im laufenden Betrieb und möglichen Erträgen. Die Businessplanung war zudem essenziell dafür, Chancen und Risiken des Projekts realitätsnah zu bewerten, um Zustimmung zum Projekt bei den Unternehmensgremien und der Gesellschafterin Stadt zu bekommen.

Basis der Businessplanung der LBD waren aktuelle Ausschreibungsergebnisse für die Beschaffung von Windenergieanlagen, Operation- und Maintenance-Verträge (O&M) und Finanzierungsangebote aus parallelen und weiter fortgeschrittenen Projekten. Berücksichtigt wurden des Weiteren vor allem die steuerliche Abschreibung (AfA), Inflation und Preisentwicklungen bei den O&M-Kosten, Pachtentgelt, Strompreisreihe nach EEG beziehungsweise Marktpreise ab dem Jahr 2021 sowie Betriebskosten (Opex).

Die Projekte wiesen eine interne Verzinsung bezogen auf das Eigenkapital von knapp 8 Prozent nach Unternehmenssteuern auf.

Als wesentliche Diskussionspunkte erwiesen sich nachfolgend die vertraglichen Finanzierungsverpflichtungen sowie angemessene Betriebsführungsentgelte und die Vereinbarung zustimmungspflichtiger Geschäfte.

Alle Projekte laufen noch, insofern gibt es noch kein Happy End in Form von Umsetzungsbeschlüssen der Gremien. Zwischenzeitlich erfolgte Abstimmungen haben jedoch gezeigt, wie erfolgskritisch es ist, die Projekte von Anfang an durchzuplanen und mit einem vollständigen „Gesamtbild“ zum Projekt an die Entscheider heranzugehen.

*\*Dr. Christof Schorsch ist seit 1998 in der Energiewirtschaft tätig, darunter 24 Jahre als Prokurist der LBD-Beratungsgesellschaft mbH. Für die Caeli Wind GmbH war er in den Jahren 2022 bis 2025 mehrfach als*

*Interimsmanager tätig. Er bringt Know-how aus beiden Bereichen mit und berät aktuell Stadtwerke bei der Ausgestaltung ihres Joint Ventures zur Windparkerrichtung. // VON REDAKTION*

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

## Stadtwerke Böblingen übernehmen Verteilnetze



Quelle: Jonas Rosenberger

**STROMNETZ. Die Stadtwerke Böblingen übernehmen das Nieder- und das Mittelspannungsnetz von Böblingen. Damit liegen alle Versorgungssparten nun in einer Hand.**

Zum Jahreswechsel übernehmen die Stadtwerke Böblingen (SWBB) den Betrieb des Nieder- und des Mittelspannungsnetzes in Böblingen. Nach der Integration des Gasnetzes im Jahr 2024 gehen nun auch die lokalen Stromverteilnetze vollständig in die Verantwortung der Stadtwerke über, teilte der Versorger am 17. Dezember mit. Damit betreiben die Stadtwerke Böblingen die Gas- und Stromverteilnetze zukünftig selbst. Die Hochspannungs-Infrastruktur bleibt weiterhin bei der Netze BW GmbH.

Bei der Übernahme der Stromnetze und für die nächsten sieben Jahre werden sowohl die Stadtwerke Schwäbisch Hall sowie die Netze BW die Böblinger Stadtwerke unterstützen, teilten die SWBB dazu mit. Der im Jahr 2013 gegründete junge Versorger setzt auf das Know-how der beiden Unternehmen bei Abrechnung und technischer Betriebsführung. Die drei Energieversorger hatten auch den Übergang vom bisherigen Pächter und Betreiber Netze BW GmbH gemeinsam vorbereitet.

Die Betriebsübernahme des Stromnetzes stellt die Stadtwerke vor „neue Herausforderungen – fachlich, technisch und personell“, hatten die SWBB bereits im Geschäftsbericht erklärt, der im Juli 2025 erschien. „Anders als beim Gasnetz erfordert das Stromnetz den Umgang mit zahlreichen dezentralen Einspeisern. Damit verbunden sind auch Themen wie EEG-Abrechnung, Redispatch oder Messstellenbetrieb. Hier unterstützen uns die Stadtwerke Schwäbisch Hall“, so Sabine Kaebert, Technische Geschäftsführerin der SWBB.

### *Mit der Übernahme werden auch neue Stellen geschaffen*

So übernehmen die Stadtwerke Schwäbisch Hall die kaufmännischen Dienstleistungen wie die Abrechnung der Netzentgelte und die regulatorisch vergebene Marktkommunikation. Die Netze BW verantwortet die technische Betriebsführung und damit etwa den Betrieb der Leitstelle und die Abwicklung von Entstörungsprozessen. Bei den SWBB selbst sind Themen wie das Regulierungsmanagement und die strategische Netzplanung sowie die Planung und Baukoordination von Baumaßnahmen verortet.

Der Böblinger Gemeinderat hatte bereits im April 2022 einstimmig beschlossen, Gas- und Stromnetze eigenständig durch die Stadtwerke betreiben zu lassen. Damit wurde ein wichtiger Punkt aus dem Konsortialvertrag zur Gründung der Stadtwerke Böblingen GmbH & Co. KG vor 13 Jahren erfüllt. Dieser sieht vor, dass die Netze nach Ablauf der Pachtverträge mit der Netze BW GmbH – Ende Juni 2023 – an die Stadtwerke zurückfallen. Anteilseigner der SWBB sind die Stadt Böblingen (59 Prozent) und die EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH (41 Prozent).

Seit dem 1. Januar 2024 betreiben die Stadtwerke bereits das Gasnetz in Böblingen und Dagersheim. Zum 1. Januar 2026 steht die Übernahme des Netzbetriebes in der Sparte Strom an. Für die Stadtwerke Böblingen ist dies ein „wichtiger Meilenstein“, wie sie in ihrer Mitteilung schreiben. Nun könnten alle Versorgungssparten – Wasser, Wärme, Gas und Strom – aus einer Hand betrieben und weiterentwickelt werden.

Dies ermöglicht laut den SWBB vereinfachte Abstimmungsprozesse, Synergien im technischen wie kaufmännischen Betrieb und wirtschaftliche Vorteile für die Stadt. „So können wir die Energieversorgung ganzheitlich denken“, betont Sabine Kaebert, Technische Geschäftsführerin der SWBB. Außerdem sollen im Zuge der Übernahme des Stromnetzes sechs neue Stellen geschaffen werden. // VON HEIDI ROIDER

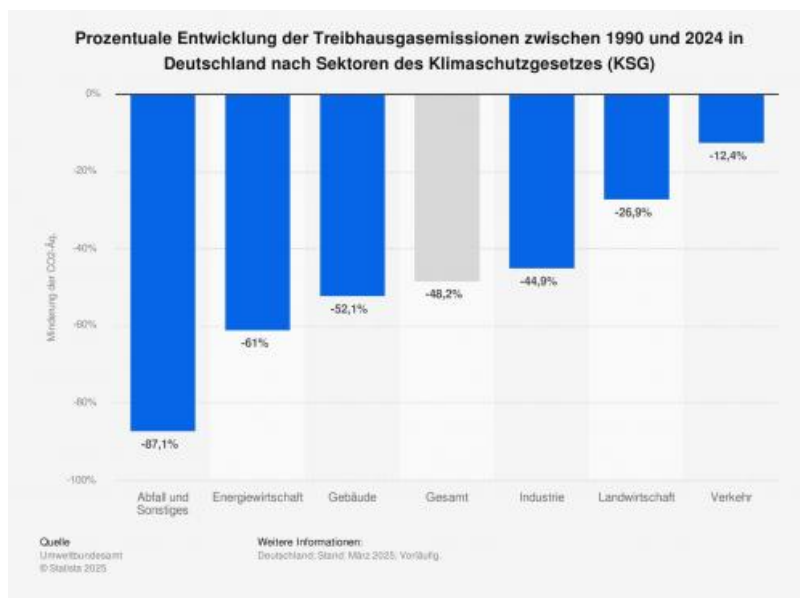
[^ Zum Inhalt](#)

## CO2-Emissionen von 1990 bis 2024 in Deutschland nach Sektoren



Quelle: E&M / Pixabay

**STATISTIK DES TAGES . Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchtet die Redaktion regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.**



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken [Quelle: Statista](#)

Im Zeitraum von 1990 bis 2024 sind die Treibhausgasemissionen im Sektor „Abfall und Sonstiges“ mit rund 87 Prozent am stärksten reduziert worden. Im Verkehrssektor wurden seit 1990 nur rund 12 Prozent Treibhausgasemissionen eingespart. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK &amp; RECHT



HANDEL &amp; MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

## ⚙️ TECHNIK



Steuerbefehle für PV, Wallbox & Co. direkt aus dem Smart Meter Gateway. Quelle: Bayernwerk

### Bayernwerk steuert ohne Steuerbox

**SMART METER.** Das Bayernwerk hat eine Versuchsreihe abgeschlossen, in der Flexibilitäten direkt aus dem Smart Meter Gateway und ohne Steuerbox gesteuert wurden.

Gemeinsam mit dem Smart-Meter-Gateway-Hersteller PPC hat die Bayernwerk Netz GmbH nachgewiesen, dass auch ohne Steuerboxen, die zwischen intelligenten Messsystemen und Verbrauchs- oder Erzeugungsanlagen installiert sind, Schaltbefehle übermittelt werden können. Weitere Projektpartner waren Westenergie Metering und das IT-Unternehmen Robotron.

Laut einer Mitteilung des Verteilnetzbetreibers aus dem Eon-Konzern hat das Unternehmen bereits seit 2019 die Idee verfolgt, die Steuerungslogik direkt in das Smart Meter Gateway zu integrieren. Dazu hatte das Bayernwerk auch im Rahmen des Forschungsprojekts „BDL“ (Bidirektionales Laden) entsprechende Versuche durchgeführt.

Mit der Veröffentlichung des Schutzprofils PP-0073 Version 2.0 durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) am 13.12.2024 sei es dann auch offiziell erlaubt gewesen, Steuerbefehle im Smart Meter Gateway entgegenzunehmen und lokal weiterzuleiten, heißt es in einer Mitteilung des Netzbetreibers. Dies geschehe auf Basis des Kommunikationsstandard EEBUS.

In Tests zwischen September und Oktober 2025 seien dann rund 1.100 Steuerbefehle erfolgreich über das Smart Meter Gateway von PPC übermittelt worden. Die Erfolgsquote betrug laut Bayernwerk 99,63 Prozent. In dem Verfahren sei auch die zukünftige Backend-Infrastruktur in einem Ende-zu-Ende-Prozess genutzt worden.

Anfang 2026 soll nun die Zertifizierung des dafür nötigen Softwarestacks bei den SMGW-Herstellern beginnen, heißt es in der Mitteilung weiter. So könnte nach entsprechenden Software-Updates die Funktionalität ab Mitte 2026 großflächig genutzt werden.

„Mit der erfolgreichen Testreihe haben wir die Grundlagen für eine Standardisierung geschaffen, die das Messen und Steuern zusammen denkt“, sagt Joachim Kabs. Mit einer Verringerung der Hardware und der Schnittstellen gehe auch eine Reduktion der Komplexität in den Haushalten einher, so der Geschäftsführer



der Bayernwerk Netz. Dadurch werde die Energiewende „im Kleinen einfacher, sicherer und effizienter“, was die Umsetzung beschleunige.

Die Ergebnisse zeigen, dass sowohl Lösungen mit Steuerbox als auch ohne Steuerbox möglich sind. Ein Großteil der im Bayernwerk-Netzgebiet verbauten Smart Meter Gateways sei bereit für diese Steuerungslogik. // VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

## Pfalzwerke und PPC-Tochter bauen Kommunikationsnetz auf



Quelle: Shutterstock

**SMART METERING. Die Pfalzwerke und Coms4Grid errichten seit Oktober dieses Jahres eine Kommunikationsinfrastruktur auf Breitband-Powerline-Basis (BPL).**

Der Start eines gemeinsamen WAN-as-a-Service-Projekts ist laut den Pfalzwerken ein wichtiger Schritt zur Digitalisierung der Energieinfrastruktur in Rheinland-Pfalz. Seit Oktober dieses Jahres läuft der Aufbau einer Kommunikationsinfrastruktur auf Basis von Breitband-Powerline bereits gemeinsam mit „Coms4Grid“, einer Tochtergesellschaft des Smart-Meter-Gateway-Herstellers PPC.

Den Partnern zufolge wurden in diesem Jahr die ersten 1.000 Endpunkte des Netzes in Betrieb genommen. In einer Mitteilung heißt es, der weitere Ausbau werde „zügig“ erfolgen. Für 2026 sei die Anbindung von 15.000 Endpunkten vorgesehen.

Die PPC-Tochter habe die Monteure der Pfalzwerke geschult, stelle die BPL-Hardware und das Anschlusszubehör bereit und verantworte auch die technische Anbindung an den Smart-Meter-Gateway-Administrator. Diese Rolle übernimmt die Voltaris GmbH, der auch die Beschaffung der Geräte obliegt. An diesem Unternehmen sind die Pfalzwerke mit 50 Prozent beteiligt.

Der Smart-Meter-Gateway-Administrator ist entweder der Messstellenbetreiber oder ein Unternehmen, das vom Messstellenbetreiber beauftragt wurde. Zur Stellenbeschreibung des Administrators gehören beispielsweise die Installation der Smart Meter Gateways, ihre Konfiguration und Inbetriebnahme, die informationstechnische Anbindung von Messgeräten und anderen technischen Einrichtungen an das Gateway sowie dessen Wartung. Um die Rolle auszuüben, muss man vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zertifiziert sein.

„Die zugesicherte hohe Konnektivität von mehr als 90 Prozent für die SMGWs im Keller stärkt die Effizienz und Resilienz im Rollout“, sagt Roland Klaiber, Geschäftsführer der Coms4Grid.

Eine wesentliche Herausforderung für die Anbindung von intelligenten Messsystemen an eine Kommunikationsinfrastruktur zur Übertragung von Messwerten und auch zu Schalten und Steuern von Anlagen ist die Konnektivität. Smart Meter Gateways (SMGW), die in tief liegenden Kellerräumen verbaut sind, lassen sich in der Regel nicht mit herkömmlichem Mobilfunk erreichen.

Neben der Breitband-Powerline-Technologie ist das 450-MHz-Netz, das derzeit bundesweit von 450 Connect und Partnern aus der Energiewirtschaft errichtet wird, eine Alternative. Auch diese Technologie wird von den Pfalzwerken nach eigenen Angaben genutzt, um den Rollout intelligenter Messsysteme voranzubringen und die gesetzlich vorgegebenen Pflichteinbaufälle bei intelligenten Messsystemen zu erreichen. // VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

## EnBW und Alpitronic werkeln auch künftig am Schnelllade-Netz



Quelle: EnBW

**ELEKTROMOBILITÄT. Für ihr Schnellladenetz setzt die EnBW auf weitere Dienstleistungen des Ladesystem-Anbieters Alpitronic. Hinzu kommen ein Wartungsservice und die Entwicklung neuer Ladefunktionen.**

Die Mobilitätssparte der Energie Baden-Württemberg (EnBW) setzt seit bald zehn Jahren auf die Produkte von Alpitronic. Jetzt sichern die Karlsruher sich weitere Dienste des Ladesystem-Entwicklers aus Südtirol (Italien).

Beide Unternehmen sprechen in einer gemeinsamen Mitteilung zum einen von einer „Entwicklungspartnerschaft“. Daraus sollen perspektivisch neue Funktionen hervorgehen, von denen Elektro-Auto-Fahrende an den Ladesäulen profitieren können.

Die neue Vereinbarung umfasst zum anderen einen Wartungsservice, den EnBW sich für zunächst fünf Jahre bei den Südtirolern sichert. Dieser Dienstleistung soll im weiter wachsenden Ladenetz von EnBW einen weitgehend unterbrechungsfreien Betrieb gewährleisten.

Die intensivierte Kooperation mit Alpitronic schaffe laut Volker Rimpler, Chief Technology Officer E-Mobility der EnBW, „Sicherheit für den weiteren Ladenetzausbau“. Dabei hatten die Karlsruher sich für den Aufbau ihres Schnellladenetzes (DC) schon früh auf die Italiener fokussiert. Seit 2018 verwendet EnBW die Produkte von Alpitronic im „HyperNetz“ genannten Schnellladepark.

Damit zählt die EnBW zu den allerersten Abnehmern der DC-Ladestationen von Alpitronic, das Säulen dieser Art erstmals vor mehr als sieben Jahren auf den Markt gebracht hatte. Die Firmengründung von Alpitronic erfolgte 2009.

EnBW's Schnellladenetz umfasst derzeit nach Unternehmensangaben mehr als 8.000 Schnellladepunkte mit einer Ladeleistung von bis zu 400 kW. Der Großteil der Anlagen, teilen die Karlsruher mit, seien von Alpitronic hergestellt.

Der nun geschlossene Vertrag soll nicht der letzte seiner Art bleiben. Die Unternehmen haben darin bereits eine Option auf eine neuerliche Verlängerung der Zusammenarbeit hinterlegt. // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK &amp; RECHT



HANDEL &amp; MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

## UNTERNEHMEN



Gil Lima Sa, Geschäftsführer von 1Komma5Grad Euskirchen, und (rechts) Markus Beinhauer, Geschäftsführer von 1Komma5Grad Rheinland.  
Quelle: 1Komma5Grad

## Energiedienstleister kauft Elektrotechnik-Betrieb

### UNTERNEHMEN. Der Energiedienstleister „1Komma5Grad“ hat einen Elektrotechnikbetrieb im Rheinland übernommen.

Der Hamburger Energiedienstleister „1KOMMA5°“ hat den Handwerksbetrieb „Elektrotechnik Sa & Söhne“ aus Euskirchen im Rheinland übernommen, teilte das Unternehmen mit. Der Fachbetrieb soll das bestehende Angebot aus Photovoltaik, Stromspeichern, Wärmepumpen, Klimaanlage und Wallboxen ergänzen und die Präsenz im Rheinland weiter stärken. Einkommafünfgrad erschließt mit der Übernahme nach eigenen Angaben große Teile des Rheinlands und ist jetzt an mehr als zehn Standorten mit über 350 Mitarbeitenden vertreten.

Elektro Sa & Söhne ist seit knapp 30 Jahren als Fachbetrieb in der Region tätig und beschäftigt 35 Mitarbeitende. Mit der Übernahme firmiert der Betrieb künftig unter dem Namen „1KOMMA5° Euskirchen“, wird jedoch künftig weiterhin vom jetzigen Geschäftsführer Gil Lima Sa geleitet, dem Sohn des Gründers Armindo da Silva Sa. Die Firma ist auf Energietechnik spezialisiert, unter anderem auf den Bau von Solaranlagen, die Installation von Wallboxen sowie Heizung und Beleuchtung.

Mit der Übernahme durch Einkommafünfgrad erweitert der Betrieb nun sein Produktportfolio um Heartbeat AI, eine auf KI basierte Strommarkt-Software von den Hamburgern. Ende vergangenen Jahres hatte das Unternehmen bekannt gegeben, weitere 100 Millionen Euro in die Weiterentwicklung der Software Heartbeat AI zu investieren.

#### *Einkommafünfgrad setzt auf KI und Partnerschaften*

Über eine Tochtergesellschaft mit dem gleichen Namen „Heartbeat AI“ optimiert Einkommafünfgrad aktuell mehr als 50.000 dezentrale Energiesysteme weltweit. Die Plattform verknüpft Haushalte zu virtuellen Kraftwerken und steuert unter anderem Batterien, Wärmepumpen und Ladegeräte für Elektrofahrzeuge. Heartbeat AI analysiert kontinuierlich laut dem Unternehmen Börsenpreise und Netzzustände, um Verbrauch und Einspeisung einzelner Anlagen in Echtzeit anzupassen. Die Plattform „Heartbeat AI“ hatte es bereits 2022 auf den Markt gebracht. Seit 2023 ermöglicht diese die aktive Optimierung von Energieflüssen.

In diesem Jahr hat Einkommäufngrad zudem eine weitere Partnerschaft abgeschlossen (wir berichteten). Der Energiedienstleister Einkommäufngrad arbeitet seit Juni 2025 mit dem Münchner Unternehmen Ampeers Energy zusammen. Die Partnerschaft soll die energetische Sanierung und Dekarbonisierung in der Wohnungswirtschaft beschleunigen.

Einkommäufngrad wurde 2021 in Hamburg gegründet und bietet integrierte Energielösungen wie Photovoltaik, Speicher, Wärmepumpen und Ladelösungen aus einer Hand. Die firmeneigene Energiemanagement-Software Heartbeat AI vernetzt nach eigenen Angaben mittlerweile mehr als 50.000 Systeme zu einem virtuellen Kraftwerk. Das Unternehmen betreibt rund 80 Standorte in sieben Märkten und hat mehr als 300.000 steuerbare Energiesysteme installiert. // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



## Günstiger laden in Stuttgart



Quelle: Pixabay / Mikes-Photography

**ELEKTROFAHRZEUGE. Die Stadtwerke Stuttgart senken die Preise an ihren Ladesäulen deutlich. Grund sei die „langfristige und nachhaltige Strategie in der Strombeschaffung“.**

Die Stadtwerke Stuttgart passen zum 1. Januar 2026 alle Tarife für das öffentliche Laden von Elektrofahrzeugen nach unten an. Nutzerinnen und Nutzer des Ad-hoc-Ladens sowie der SWS-Ladekarte oder -App sollen an den rund 1.782 Ladepunkten in der Landeshauptstadt künftig weniger zahlen. Das geht aus einer Pressemitteilung des Unternehmens hervor.

An den AC-Ladestationen sinkt der Standardpreis demnach von 55 auf 49 Cent pro kWh, was einer Reduktion um etwa 16 Prozent entspricht. Für Kundinnen und Kunden mit SWS-Ökostromvertrag beträgt

der neue Tarif 39 Cent/kWh. Noch stärker fällt die Preisanpassung beim Schnellladen aus: Der Preis für das DC-Laden reduziert sich von 79 auf 59 Cent/kWh, für SWS-Ökostromkunden von 60 auf 49 Cent/kWh – eine Ersparnis von bis zu 20 Prozent.

Als Grund für die Tarifsenkung nennt das Unternehmen eine langfristige und nachhaltige Strategie in der Strombeschaffung. Alle Ladepunkte der Stadtwerke Stuttgart werden mit Ökostrom versorgt.

Bis zum Jahr 2035 will das Unternehmen im Rahmen der kommunalen Klimastrategie insgesamt 14.000 Ladepunkte im Stadtgebiet realisieren, darunter 2.000 DC-Schnellladepunkte. Aktuell betreiben die Stadtwerke 59 DC-Stationen und 1.723 AC-Ladepunkte.

Die Stadtwerke Stuttgart hatten erst kürzlich die Senkung der Preise für Strom, Erdgas und Biogas angekündigt (wir berichteten). Der Neukunden-Preis für Strom beträgt ab Januar 29,95 Cent/kWh.

// VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)

## EVN: Umsatz steigt, Gewinn sinkt



Quelle: Fotolia / Idprod

**BILANZ. Das Geschäftsjahr 2024/25 des niederösterreichischen Energiekonzerns war von witterungsbedingtem Mehrabsatz an Wärme, weniger Eigenstromerzeugung sowie sinkenden Finanzerlösen geprägt.**

Einen Gewinn (Konzernergebnis) von rund 436,7 Millionen Euro erwirtschaftete der niederösterreichische Energiekonzern EVN im Geschäftsjahr 2024/25, um 7,4 Prozent weniger als 2023/24. Zwar erhöhte sich der Umsatz infolge der kälteren Witterung und des damit gestiegenen Gas- sowie Wärmeabsatzes in den drei „Kernmärkten“ Österreich, Bulgarien und Nordmazedonien um 3,8 Prozent auf etwa 3 Milliarden Euro. Doch sank die eigene Erzeugung elektrischer Energie wegen des schlechteren Wind- und Wasserdargebots um 12,2 Prozent auf 2,91 Milliarden kWh, was die Kosten für den Fremdstrombezug steigerte. Auch fiel das Finanzergebnis um 62,0 Prozent auf 83,6 Millionen Euro, primär wegen der geringeren Dividende des Stromkonzerns Verbund.

Das Ergebnis der Vertriebsgesellschaft EVN KG verbesserte sich deutlich. Sie schrieb mit einem Gewinn von 2,1 Millionen Euro laut Konzernchef Stefan Szyszkowitz eine „schwarze Null“, nachdem sie im vorigen Geschäftsjahr einen Verlust von 162,3 Millionen Euro verzeichnet hatte.

Die Investitionen der EVN lagen erstmals in der Konzerngeschichte über 900 Millionen Euro. Laut Finanzchefin Alexandra Wittmann wird dieses Niveau im Durchschnitt der kommenden fünf Jahre übertroffen. Die EVN werde bis einschließlich 2030 insgesamt 5,5 Milliarden Euro und damit mehr als 1 Milliarde Euro pro Jahr investieren, vor allem in den Ausbau der Verteilnetze für Strom, Gas und Wärme, die Steigerung der Stromproduktion mit erneuerbaren Energien, die Fernwärmeversorgung und die weitere Verstärkung der E-Lade-Infrastruktur. Dies führe zu einer Verdopplung des Verschuldungsgrads von 17,3 Prozent auf über 34 Prozent, räumte Wittmann ein: „Wir haben das aber mit den Ratingagenturen besprochen und können von weiterhin stabilen Ratings im A-Bereich ausgehen.“

### *Ausbau bei Wind, PV und Großbatterien*

Laut Technik-Vorstand Stefan Stallinger will die EVN die Leistung ihrer Windparks von derzeit 532 MW bis 2030 auf 770 MW erhöhen, jene der Photovoltaikanlagen von 120 MW auf 300 MW. Eine massive



Kapazitätserhöhung ist auch bei den Großbatteriespeichern vorgesehen. Derzeit verfügt die EVN über eine Anlage mit 8 MW am Standort der mit Erdgas betriebenen Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) Theiß etwa 70 Kilometer westlich von Wien. Ab 2030 möchte die EVN Batteriespeicher mit insgesamt 300 MW betreiben.

Stichwort Theiß: Bei der Ausschreibung der Netzreserve durch den Übertragungsnetzbetreiber Austrian Power Grid (APG) kam die dortige KWK mit 470 MW Leistung diesmal nicht zum Zuge. „Sie steht also bis Ende September 2026 still“, erläuterte Stallinger. Bei Theiß handelt es sich laut Stallinger um ein älteres Kraftwerk mit einem vergleichsweise niedrigen Wirkungsgrad.

### **Rücklage für Sozialtarif**

Wie berichtet, plant die österreichische Bundesregierung einen Appell an die EU-Kommission zur Reform der Preisbildung im Stromgroßhandel, die auf dem Merit-Order-System beruht. Von der Redaktion darauf angesprochen, konstatierte Szyszkowitz, die Merit Order bestehe im Wesentlichen seit Beginn der Strommarktliberalisierung vor etwa 25 Jahren: „Sie hat bis zur Preiskrise vor drei Jahren gut gedient.“ Wegen des damals erfolgten Anstiegs der Gaspreise und der Kosten für CO<sub>2</sub>-Zertifikate sei es zu Problemen gekommen. Die Frage nach einem besseren System, die die EU-Kommission untersucht habe, sei indessen bislang unbeantwortet geblieben, stellte Szyszkowitz fest.

Zum Elektrizitätswirtschaftsgesetz (EIWG), das das Bundesparlament am 11. Dezember beschlossen hatte, sagte Szyszkowitz, die Umsetzung werde in den kommenden Jahren viel Arbeit verursachen. Für den sogenannten „Sozialtarif“ für einkommensschwache Haushalte, der sich auf 6 Cent/kWh für einen Bedarf von maximal 2.900 kWh pro Jahr beläuft, müsse die Vertriebsgesellschaft EVN KG voraussichtlich Rückstellungen in einem „höheren einstelligen Millionen-Euro-Bereich“ bilden.

### **Mindestdividende von 90 Cent**

Für das am 1. Oktober begonnene Geschäftsjahr 2025/26 stellte Szyszkowitz „bei einem stabilen regulatorischen und energiepolitischen Umfeld“ ein Konzernergebnis von 430 bis 480 Millionen Euro in Aussicht. Dieses würde somit 1,5 Prozent unter bis 9,9 Prozent über jenem des Geschäftsjahres 2024/25 liegen.

Geplant ist ferner, künftig eine Dividende von mindestens 90 Cent/Aktie auszuzahlen. Dies ist auch jener Wert, den der EVN-Vorstand der Hauptversammlung am 25. Februar 2026 vorschlagen wird. Ab dem Geschäftsjahr 2029/30 soll die Höhe der Mindestdividende auf 1,10 Euro/Aktie ansteigen, kündigte Szyszkowitz an. // VON KLAUS FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

## **Neue Rathauspitze im Clinch mit den Stadtwerken Bonn**



Quelle: E&M / Jonas Rosenberger

**STADTWERKE. Dem Verhältnis von Mutter und Tochter droht ein nachhaltiger Schaden. Die Stadtwerke Bonn wehren sich mit rechtlichem Beistand gegen den Eingriff der neu ins Amt gekommenen Stadtpitze.**

Kaum drei Monate im Amt gibt es bereits Verstimmungen zwischen der Verwaltungsspitze um den neuen Bonner Oberbürgermeister Christoph Deus (CDU) und den Stadtwerken Bonn. Der Versorger wehrt sich gegen eine vermutete Einflussnahme eines OB-Vertrauten auf ein Immobiliengeschäft der Stadtwerke-Beteiligungsgesellschaft.



Wie ein Sprecher des Unternehmens auf Anfrage dieser Redaktion erklärt, habe die Geschäftsführung der Stadtwerke um Olaf Hermes die Anwaltskanzlei „Feigen Graf“ damit beauftragt, eine unabhängige Compliance-Prüfung durchzuführen. Es gehe um den „Verdacht der unangemessenen Beeinflussung auf den Entscheidungsprozess der Beteiligungsgesellschaft zur Ausübung eines Vorkaufsrechts für eine Immobilie“.

Was diese sperrige Formulierung praktisch bedeutet, ist der Bonner Öffentlichkeit seit der Berichterstattung durch den örtlichen General-Anzeiger bekannt. Die Stadtwerke Bonn haben demnach über ihre Mehrheitsbeteiligung (49,6 Prozent) an der Flugplatzgesellschaft Hangelar mbH den Kauf eines Grundstücks am kleinen Airport durchgesetzt.

Der neue Co-Dezernent und bisherige persönliche Referent des OB, Christian Sieberg, soll per Weisung an die SWB-Geschäftsführung versucht haben, den Kauf zu unterbinden. Anfang Dezember habe der Vertreter der Stadtwerke in der Versammlung der Flugplatzgesellschaft dennoch für das Ausüben des Vorkaufsrechts gestimmt.

Kompliziert wird die Angelegenheit, weil die neue Stadtspitze wirtschaftliche Risiken als Grund für ihre Intervention bei dem Grundstücksdeal geltend gemacht haben soll. So hätten auch die weiteren Gesellschafter des Flugplatzes argumentiert, der Rhein-Sieg-Kreis und die Stadt Sankt Augustin. Ausschlaggebend und ausreichend sei schließlich das Votum der Stadtwerke und des zusätzlich an der Gesellschaft beteiligten Vereins (Fliegergemeinschaft Hangelar, 2 Prozent) gewesen.

Die Wellen schlagen hoch, weil die Stadtwerke das politische Bonn über das Compliance-Verfahren erst sehr kurz vor einer Personalentscheidung des Stadtrates informiert hatte. In der Sitzung sollte Christian Sieberg per Votum zum Co-Dezernenten aufsteigen. Die politischen Konkurrenten der CDU wollten die Wahl aussetzen, bis die Rolle Siebergs in dem Vorfall geklärt sei. Darüber setzte die Ratsmehrheit sich hinweg.

Der neue OB Deus bemüht sich offenbar, die Situation zu versachlichen. Er hat dem Rat zugesichert, das Rechnungsprüfungsamt einzuschalten. Das Amt soll die Geschehnisse um die Weisung von Christian Sieberg prüfen und dazu einen Bericht vorlegen. Die Stadtwerke Bonn sagten dieser Redaktion, keine weiteren Angaben zur laufenden unabhängigen Untersuchung machen zu wollen. Das Ergebnis der internen Prüfung durch die Kanzlei wollen sie allerdings „selbstverständlich“ bekanntgeben. // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

## Hamburg und Hansewerk Natur schließen Wärmekooperation



Gerta Gerdes von Hansewerk Natur bei der Vertragsunterzeichnung mit Staatsrat Alexander von Vogel. Quelle: Hansewerk Natur

**UNTERNEHMEN. Die Hansestadt Hamburg wird enger mit dem Energieversorger Hansewerk Natur zusammenarbeiten. Ziel ist der weitere Ausbau der erneuerbaren Fernwärme.**

Die Hansestadt Hamburg und der Wärmenetzbetreiber Hansewerk Natur werden strategisch enger kooperieren. Das haben beide Partner in einer entsprechenden Vereinbarung beschlossen, teilten sie am 18. Dezember mit. Wichtigster Bestandteil sind Planungen zum Ausbau und zur Dekarbonisierung bestehender sowie zum Aufbau neuer fossilfreier Wärmenetze. Diese Kooperationsvereinbarung gilt zunächst bis zum 31. Dezember 2035.

Hansewerk Natur hat in Hamburg einen Wärmeabsatz von rund 600 Millionen kWh im Jahr und eine Netzlänge von über 350 km. Insbesondere die großen Verbundnetze des Unternehmens haben Potential, weiter ausgebaut zu werden, was gleichzeitig zur Dekarbonisierung genutzt werden soll. Die Planungen umfassen laut dem Versorger die Erhöhung der Anschlusskapazität sowie zur Integration neuer Gebiete in die bestehende Fernwärmeversorgung.

Hansewerk Natur hat mit der Stadt vereinbart, ihre Hamburger Wärmenetze auszubauen und die Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien und unvermeidbare Abwärme umzustellen. Hierzu will das Unternehmen, die Hamburger Ziele für die Dekarbonisierung von Wärmenetzen übertreffen und bis 2030 bereits rund zwei Drittel der eingesetzten Energie umweltfreundlich gewinnen.

Außerdem hat Hansewerk Natur Vorschläge für Wärmeversorgungsgebiete vorgestellt, die sie aus Eigeninitiative im freien Wettbewerb umsetzen möchte. Das Unternehmen wird mit der Hansestadt bei der Suche nach erneuerbaren Energiequellen sowie Abwärmepotenzialen und Grundstücken für Energieerzeugungsanlagen kooperieren. Ein zentrales Anliegen sei sowohl der Stadt als auch Hansewerk Natur eine „nachhaltige und sozialverträgliche Gestaltung der Preise sowie die maximale Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Preisstruktur“.

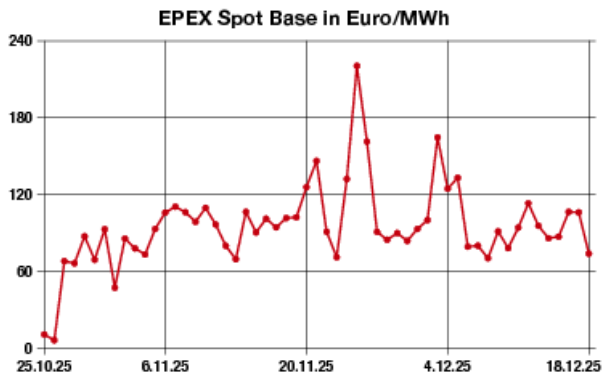
Als zweitgrößter Wärmeversorger in Hamburg „unterstützen wir konsequent den Kurs des Senats, die Wärmeversorgung der Stadt auf Erneuerbare Energien und unvermeidbare Abwärme umzustellen“, sagte Gerta Gerdes, Sprecherin der Geschäftsführung von Hansewerk Natur, bei der Vertragsunterzeichnung.

Und Hamburgs Umweltsenatorin Katharina Fegebank betonte laut Mitteilung: „Die Hamburger Energiewerke setzen den Kohleausstieg bis 2030 um und transformieren das städtische Fernwärmenetz hin zu einem ökologischen, versorgungssicheren und wirtschaftlichen Wärmeversorgungssystem.“ Allerdings würde nicht das städtische Unternehmen ambitioniert vorangehen. Hamburg würde nun auch gemeinsam mit Hansewerk Natur „alle Hebel in Bewegung setzen, um eine klimaneutrale Wärmeversorgung für Hamburg bis 2040 zu erreichen“. // VON HEIDI ROIDER

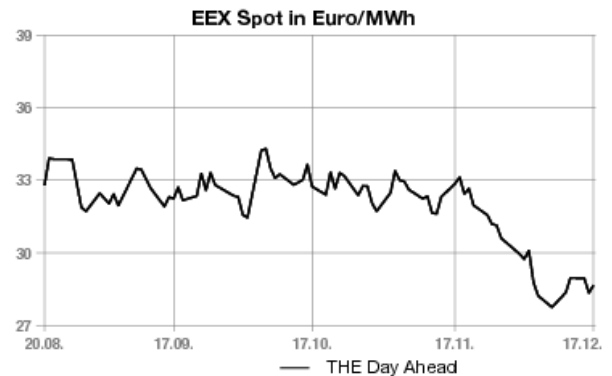
[^ Zum Inhalt](#)

## MARKTBERICHTE

### STROM



### GAS



## Energiemärkte zeigen sich lustlos



**MARKTKOMMENTAR.** Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO<sub>2</sub>- und Gasmarkt.

Insgesamt recht wenig verändert haben sich die Energiemärkte am Donnerstag präsentiert. Strom zeigte sich überwiegend etwas leichter. Vor der Weihnachtswoche geht die Aktivität an den Märkten bereits zurück. Kaum Impulse setzten daher neue Wetterprognosen, die eine etwas kühlere Witterung zum Jahresende hin vorhersagen als bislang erwartet.

**Strom:** Überwiegend etwas leichter hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Donnerstag gezeigt. Der Day-Ahead verlor 4,25 auf 70,25 Euro/MWh im Base und gewann 4 auf 95,25 Euro/MWh im Peak. An der Börse kostete der Day-Ahead 70,07 Euro in der Grundlast und 94,87 Euro in der Spitzenlast. Ausschlaggebend für den relativ niedrigen Day-Ahead-Preis ist das hohe Aufkommen an Erneuerbaren-Strom.

Die Einspeiseleistung der Erneuerbaren dürfte am Freitag 28,7 GW erreichen. Für den Berichtstag hatte Eurowind 29,7 GW vorhergesagt. Allerdings wird der Preis im Base durch eine verminderte Last unter das Vortagesniveau gedrückt. Diese gibt MBI Research mit 59,7 GW für den Freitag an nach 61 GW für den Berichtstag.

Die Wetterdienste gehen davon aus, dass der Freitag noch recht mild ausfallen wird, danach dürften die Temperaturen jedoch kontinuierlich zurückgehen. An Heiligabend werden diese laut dem US-Wettermodell auf den saisonalen Durchschnittswert gesunken sein und danach noch etwas weiter fallen. Für die kommenden zwei Wochen rechnen die US-Meteorologen mit einem insgesamt recht schwachen Windaufkommen in Deutschland, das allerdings von einer Starkwindphase vom 24. bis 27. Dezember unterbrochen werden dürfte.

Am langen Ende sank das Strom-Frontjahr um moderate 0,31 auf 84,69 Euro.

**CO<sub>2</sub>:** Die CO<sub>2</sub>-Preise haben am Donnerstag marginal zugelegt. Der Dec 25 gewann bis 13.30 Uhr 0,10 Euro auf 86,90 Euro/Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 16,2 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 87,05 Euro, das Tief bei 85,56 Euro.

Am CO<sub>2</sub>-Markt herrscht laut Marktbeobachtern ein leicht bullischer Ton. Sie verweisen auf die absehbar

kältere Witterung, die Pause bei den Primärmarktauktionen und die zum Jahresende hin rückläufige Liquidität, die Preissprünge erleichtert. Die nächste Versteigerung am Primärmarkt findet erst am 7. Januar statt.

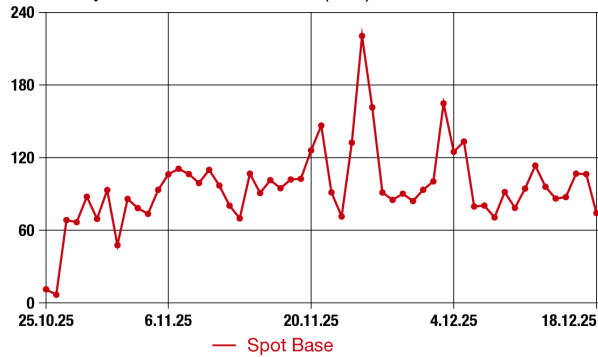
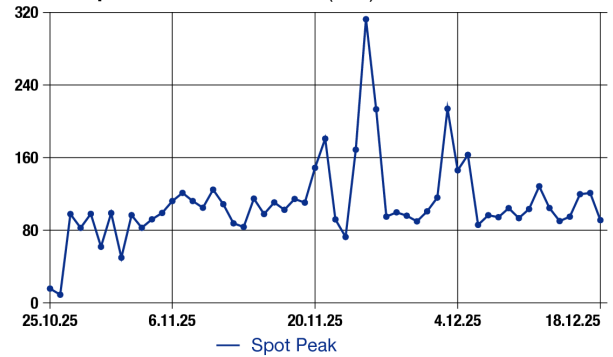
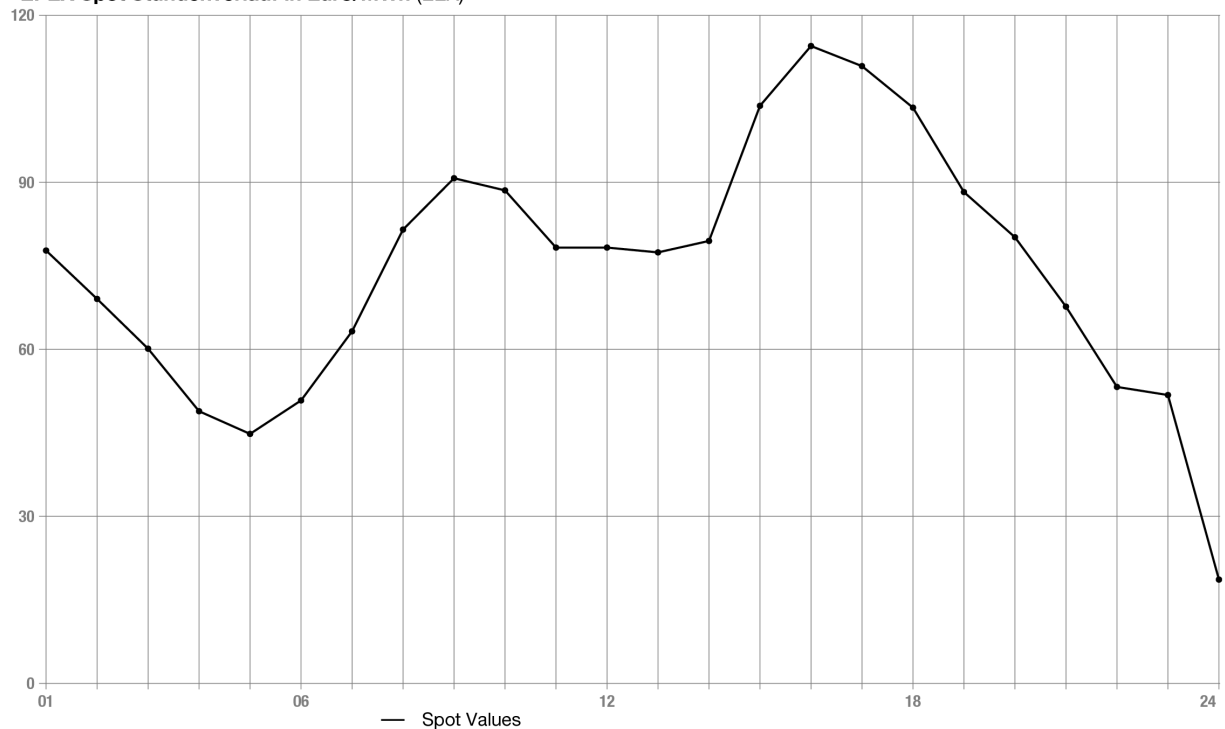
**Erdgas:** Kaum verändert haben sich die europäischen Gaspreise am Berichtstag gezeigt. Der Frontmonat am niederländischen TTF verlor bis gegen 13.45 Uhr um 0,02 auf 27,30 Euro/MWh. Am deutschen THE ging es um 0,03 auf 28,87 Euro nach oben.

Die Preise am europäischen Gasmarkt scheinen sich, wenn auch noch auf niedrigem Niveau, stabilisiert zu haben, so die Analysten der Commerzbank. Für Unterstützung sorgen zum einen die niedrigen und fallenden Speicherfüllstände. In der EU sind diese mittlerweile unter 70 Prozent gefallen, in Deutschland sogar auf nur noch 63 Prozent.

Zwar hat sich der Abstand der deutschen Füllstände zur Gesamt-EU seit Ende November verringert. Das liegt aber daran, dass sich die Entnahme in den anderen Ländern beschleunigt hat. Zudem wird in den kommenden Tagen mit niedrigeren Temperaturen gerechnet, die den Heizbedarf erhöhen. Dem gegenüber steht allerdings ein feiertagsbedingt niedrigerer Bedarf seitens der Industrie.

Im Blick zu behalten sind laut Commerzbank zudem die steigenden LNG-Importe Chinas. Diese sind im November nicht nur gegenüber dem Vorjahr um kräftige 14 Prozent gestiegen, sondern auch um 20 Prozent zum Vormonat. Mit 6,94 Millionen Tonnen haben sie zudem ein Jahreshoch erreicht. Eine stärkere Nachfrage aus dem weltweit wichtigsten Importland könnte die Angebotslage am LNG-Markt für die EU etwas eintrüben und ebenso für Aufwärtsdruck bei den Preisen sorgen. // VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

**ENERGIEDATEN:****Strom Spotmarkt****EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)**

## Strom Terminmarkt

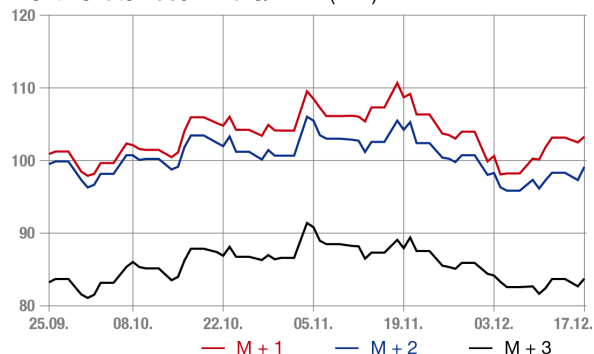
### Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	17.12.25	German Power Jan-2026	103,27
M2	17.12.25	German Power Feb-2026	99,11
M3	17.12.25	German Power Mar-2026	83,73
Q1	17.12.25	German Power Q1-2026	95,25
Q2	17.12.25	German Power Q2-2026	69,30
Q3	17.12.25	German Power Q3-2026	80,53
Y1	17.12.25	German Power Cal-2026	85,02
Y2	17.12.25	German Power Cal-2027	82,06
Y3	17.12.25	German Power Cal-2028	78,82

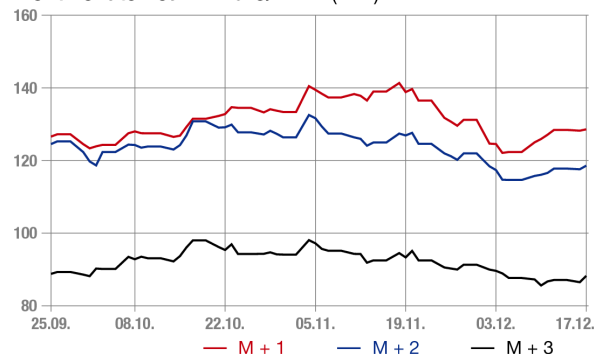
### Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	17.12.25	German Power Jan-2026	128,58
M2	17.12.25	German Power Feb-2026	118,57
M3	17.12.25	German Power Mar-2026	88,23
Q1	17.12.25	German Power Q1-2026	111,58
Q2	17.12.25	German Power Q2-2026	50,85
Q3	17.12.25	German Power Q3-2026	72,53
Y1	17.12.25	German Power Cal-2026	88,79
Y2	17.12.25	German Power Cal-2027	86,24
Y3	17.12.25	German Power Cal-2028	83,47

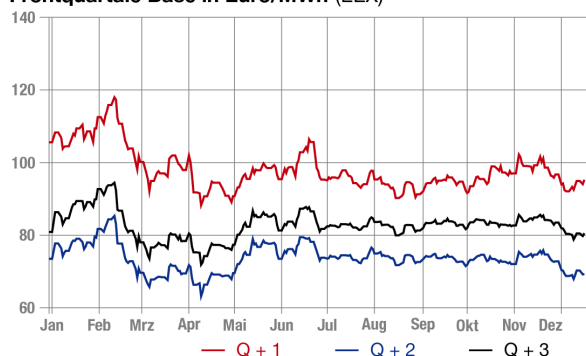
### Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



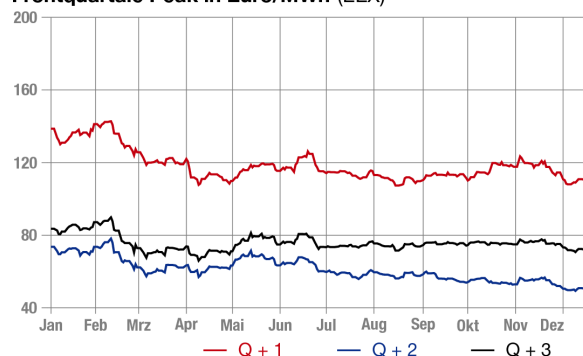
### Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



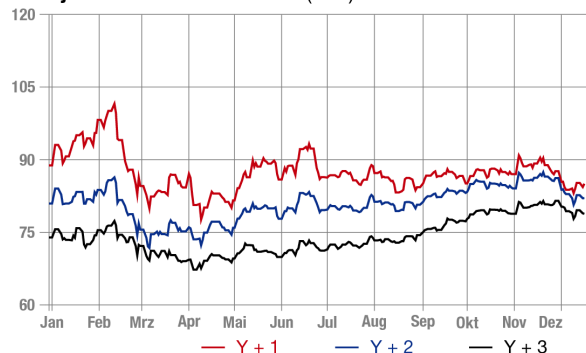
### Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



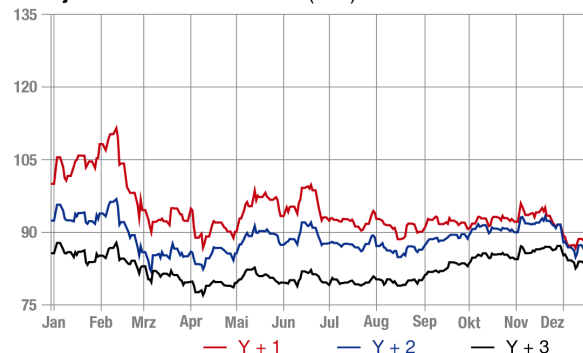
### Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



### Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



### Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)

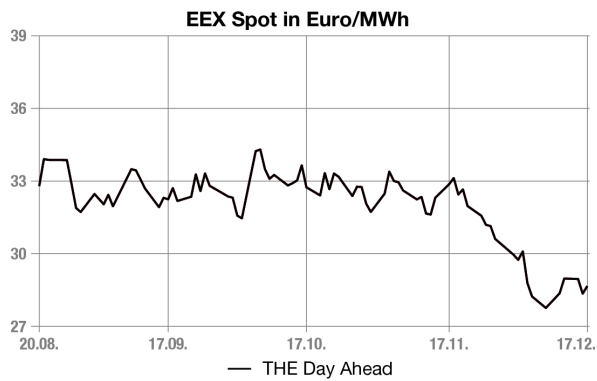




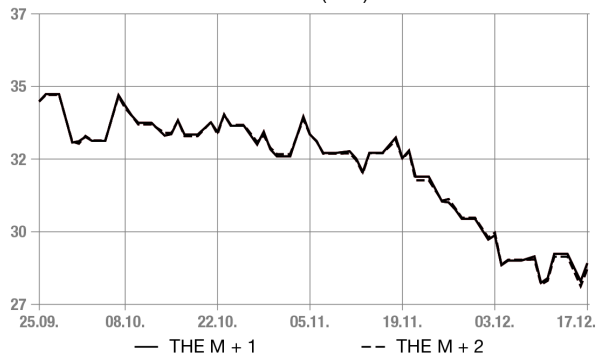
## Gas Spot- und Terminmarkt

### Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

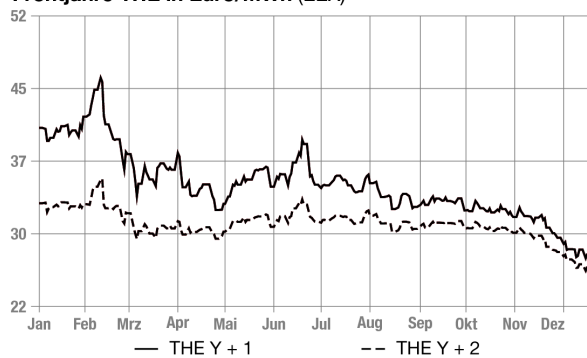
	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	17.12.25	German THE Gas Jan-2026	28,92
M2	17.12.25	German THE Gas Feb-2026	28,72
Q1	17.12.25	German THE Gas Q1-2026	28,73
Q2	17.12.25	German THE Gas Q2-2026	27,31
S1	17.12.25	German THE Gas Win-2026	28,54
S2	17.12.25	German THE Gas Sum-2027	25,41
Y1	17.12.25	German THE Gas Cal-2026	27,94
Y2	17.12.25	German THE Gas Cal-2027	26,60



### Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



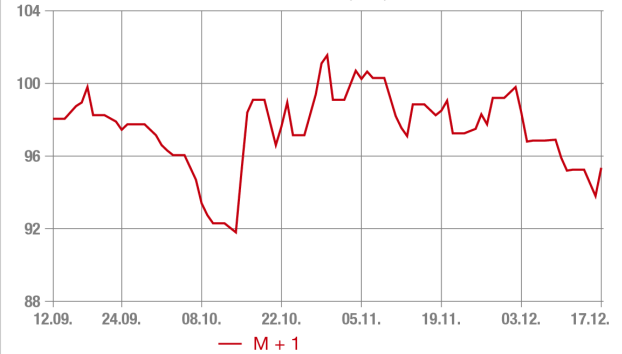
### Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



### Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	17.12.25	74,22	EUR/MWh
Germany Spot peak	17.12.25	91,14	EUR/MWh
EUA Jan 2026	17.12.25	84,79	EUR/tonne
Coal API2 Jan 2026	17.12.25	95,35	USD/tonne

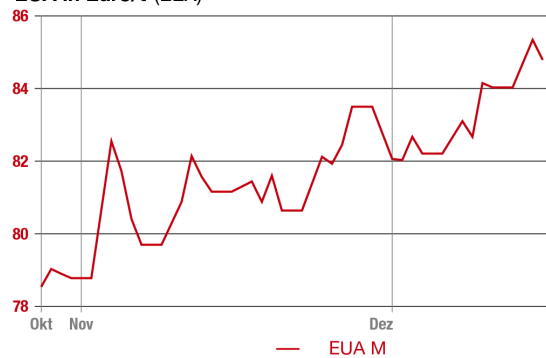
### Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



### Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	17.12.25	28,66	EUR/MWh
German THE Gas Jan-2026	17.12.25	28,92	EUR/MWh
German THE Gas Cal-2026	17.12.25	27,94	EUR/MWh
Crude Oil Brent Feb-2026	17.12.25	59,68	USD/tonne

### EUA in Euro/t (EEX)



## E&M STELLENANZEIGEN



### Professur W 2 Solarenergie und Gebäudeautomation

Gesucht wird eine durch praktische und wissenschaftliche Tätigkeit ausgewiesene Persönlichkeit, die ...  
in Amberg

15.12.2025



### Professur W 2 Experimentelle Strömungsmechanik

An der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden ist die Professur W 2 Experimentelle...  
in Amberg

20.11.2025

● Festanstellung



### Bereichsleitung Vertrieb

Gesucht wird ein erfahrener Sales Manager, der die neu geschaffene Position Bereichsleitung Vertrieb ...  
in Dahlenburg

07.11.2025

● Bereichs-/Hauptabteilungsleitung ● Festanstellung ● Betr. Altersvorsorge / Firmenwagen /  
Flexible Arbeitszeit



### Stoffstrommanager (m/w/d)

Zum Hauptinhalt springen Stoffstrommanager (m/w/d) Metzingen Vollzeit unbefristet Unternehmens...  
in Metzingen

vor 1 h

● Festanstellung ● Weiterbildung / Mitarbeiterrabatte



### Rohrnetzfacharbeiter:In Netzbetrieb Für Die Rohrnetzbetriebsstelle Pankow (W/M/D)

Die Berliner Wasserbetriebe sind mit über 4.800 Mitarbeiter:innen das größte Unternehmen der Wasse...  
in Berlin (+1 weiterer Standort)

vor 1 h

● Festanstellung

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

## IHRE E&M REDAKTION:

**Stefan Sagmeister** (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)  
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



**Davina Spohn** (Büro Herrsching)  
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



**Günter Drewnitzky** (Büro Herrsching)  
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



**Susanne Harmsen** (Büro Berlin)  
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**  
Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**  
Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**  
Korrespondenten-Kontakt: **Atousa Sendner**



Ständige freie Mitarbeiter:

**Volker Stephan**

**Manfred Fischer**

Mitarbeiter-Kontakt: **Atousa Sendner**



**Fritz Wilhelm** (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)  
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



**Georg Eble** (Büro Herrsching)  
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



**Heidi Roider** (Büro Herrsching)  
Schwerpunkte: KWK, Geothermie



**Katia Meyer-Tien** (Büro Herrsching)  
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.  
Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.



Über E&M



E&M Anzeigen-Vertrieb



E&M Mediadaten



E&M Zeitung



E&M Termine



E&M Shop



E&M Firmendatenbank



E&M Glossar

## IMPRESSUM

---

**Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH**

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - [www.energie-und-management.de](http://www.energie-und-management.de)**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

**Wichtiger Hinweis:** Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2025 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

**Folgen Sie E&M auf:**

